

Blick in die Zukunft

Autor(en): **Markwalder, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 12

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Zukunft

Anlässlich der Informationstagung von armasuisse und der Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee (STA), welche in Zusammenarbeit mit Swissmem und GRPM stattfand, wurde einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft ein Blick in die rüstungs- und armeepolitische Zukunft gewährt. Höhepunkt war ein Referat des Chefs VBS, Bundesrat Ueli Maurer, in welchem er seine Vorstellungen zur Zukunft der Beschaffungen erläuterte.

Alfred Markwalder, Redaktor ASMZ

In einem ersten Teil der Veranstaltung zeigte Rüstungschef Jakob Baumann den anwesenden Vertretern der schweizerischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie das neue rüstungspolitische Konzept auf. Grundlage dazu wird der neue Sicherheitspolitische Bericht sein, welcher im ersten Quartal 2010 dem Bundesrat vorgelegt wird. Neben diesen politischen Rahmenbedingungen gilt es, rechtliche Rahmenbedingungen wie beispielsweise das Beschaffungsrecht (WTO), das Finanzhaushaltsgesetz und das Kriegsmaterialgesetz zu berücksichtigen. Des Weiteren liegen Berichte der GPK des Nationalrates zur «Rüstungsbeschaffung im VBS» sowie der Eidgenössischen Finanzkontrolle zur «Rüstungsbeschaffung im Ausland» vor, welche eine Revision der Rüstungspolitik verlangen. Die periodisch den neusten Gegebenheiten anzupassende Rüstungspolitik wird durch den Bun-

Fritz Gantert, Präsident STA, Bundesrat Ueli Maurer, C VBS, und Jakob Baumann, Rüstungschef (v. l. n. r.).

Bild: ASMZ



desrat verabschiedet, während das VBS für die Industriebeteiligungsstrategie und für die Beschaffungsstrategie zuständig ist. Die Offsetpolitik als operatives Instrument wird schliesslich durch armasuisse festgelegt.

Zielsetzungen der Rüstungspolitik des Bundesrates

Ziel der Rüstungspolitik ist eine an wirtschaftlichen Prinzipien orientierte Erfüllung der Bedürfnisse der Armee, weiterer Departementsbereiche und Dritter. Sie beinhaltet auch Grundsätze zur nationalen und internationalen Kooperation und zu Industriebeteiligungen. Ausgangspunkt bilden die militärischen Bedürfnisse der Schweizer Armee, welche im jährlich überarbeiteten Masterplan konkretisiert werden.

Die Beschaffungsstrategie orientiert sich an der Optimierung der Wirtschaftlichkeit, am Erhalt der für die Landesverteidigung unerlässlichen Industriebasis der Schweiz, an dauerhaften partnerschaftlichen Beziehungen, an der Stärkung der sicherheitsrelevanten Schweizer Industrie

armasuisse: Vision der Beschaffung

armasuisse stellt durch effiziente Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen die Materialversorgung der Kunden qualitäts- und zeitgerecht sicher.

durch direkte und indirekte Beteiligungsgeschäfte sowie an der Stärkung der nationalen und internationalen Kooperation auf staatlicher und privatwirtschaftlicher Ebene.

Rüstungschef Jakob Baumann führte aus, dass die erwähnten Grundlagenpapiere in Arbeit sind und im 2010 die Genehmigungsphase durchlaufen werden. Die Zuhörerschaft erfuhr des Weiteren, dass gemeinsam mit Swissmem ein Offset-Büro aufgebaut wird, welches das Controlling der Industriebeteiligungen bei Rüstungsbeschaffungen merklich verbessern soll. Von Bedeutung auf internationaler Ebene wird auch die engere angestrebte Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur in den Bereichen Wissenschaft und Technologie sowie Kooperationsnetzwerk sein.

Armeepolitische Sicht des Chefs VBS, Bundesrat Ueli Maurer

In pointierter Formulierung wies der Bundesrat auf die schwierige Situation hin, in welcher sich die Armee zurzeit befindet. Fehlende Finanzen lassen es nicht zu, Immobilien zu unterhalten sowie genügend Material in gutem Zustand der Truppe zur Verfügung zu stellen. Der Wandel in der Armee muss stattfinden, hierfür werden jedoch Finanzen benötigt.

Aus Sicht des C VBS nehmen weder die Politik noch die Gesellschaft die heutige unbefriedigende Situation wahr. Hier herrsche grosser Aufklärungs- und Informationsbedarf. Man kenne die Armee heute eigentlich nicht mehr!

Eine Analyse der Situation habe ihn nun veranlasst, Prioritäten zu setzen, weshalb für ihn zum heutigen Zeitpunkt eine Flugzeugbeschaffung nicht möglich sei. Die Prioritäten müssten neu gesetzt werden. Was den Sicherheitspolitischen Bericht anbelange, werde dieser nun unter Einbezug aller Departemente überarbeitet – wie vom VBS ursprünglich angestrebt! Drei Themen stehen hierbei im Vordergrund:

- Sicherheitsverbund Schweiz: wer trägt wann welche Verantwortung
- Das politische Thema Auslandseinsätze
- Die Weiterentwicklung der Armee unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung der Bevölkerung. Dabei gilt es, die Szenarien für Einsätze der Armee darzustellen.

Bundesrat Maurer schloss seine Ausführungen mit der nochmaligen eindringlichen Forderung nach mehr finanziellen Mitteln, wobei diese prioritätsgerecht zu verwenden seien. Sicherheit und Stabi-

Politische Forderungen von Ständerat Bruno Frick, Präsident Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats:

- Gründliche Bedrohungsanalyse
 - Welche wirtschaftlichen Situationen können zu Spannungen und Unruhen führen?
 - Wie wird den sicherheitspolitischen Szenarien entgegengetreten?
 - Welche sicherheitspolitischen Bedürfnisse haben wir?
 - Wie werden die sicherheitspolitischen Bedürfnisse auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden abgedeckt?
 - Sind die drei Grundaufträge der Armee noch die richtigen?
 - Welcher Finanzbedarf besteht, um die Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen?
 - Wie wird die Armee in Zukunft aufgestellt und wie ist sie ausgestaltet?
 - Wie soll die militärische Ausrüstung finanziert werden?
 - Wie sieht das Aufwuchskonzept aus?
 - Wie viel internationale Zusammenarbeit benötigen wir?
 - Sind wir mit einer verkleinerten Armee in der Lage, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten?
- Der Sicherheitspolitische Bericht muss Bundesrat und Parlament verpflichten.

lität hätten die Schweiz über Jahrzehnte ausgezeichnet, und dies müsse auch in Zukunft so bleiben.

STA-Präsident Fritz Gantert schloss den informativen Anlass mit engagier-

ten Referaten und Diskussionen mit der Bemerkung, dass Fragen der Sicherheit schlussendlich Fragen der Gesellschaft und Wirtschaft unseres Landes seien. ■

Transformation der D-A-CH Streitkräfte

Anlässlich einer Tagung mit prominenten Referenten aus Politik, Armee und Industrie aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wurde vor dem Hintergrund steigender sicherheitspolitischer Herausforderungen das Konzept der vernetzten Sicherheit eingehend beleuchtet. Die verschiedenen Referate gaben Aufschluss über den Stand der Aktivitäten in den drei Ländern, zeigten aber auch auf, unter welchen Aspekten die anstehenden Fragen angegangen werden müssen.

Alfred Markwalder, Redaktor ASMZ

Anlässlich des in Berlin durchgeführten 5. Jahreskongresses zum Thema «Transformation der D-A-CH Streitkräfte» legten die Referenten ein besonderes Augenmerk auf aktuelle Projekte und Massnahmen in den Bereichen Schutz kritischer Infrastrukturen, Grosseinsätze/Events, Katastrophenhilfe und Krisenprävention. In allen drei Ländern werden die Streitkräfte den neuen Herausforderungen angepasst, wobei verschiedentlich betont wurde, dass politische Rahmenbedingungen und gekürzte Budgets die Realisierung der angestrebten Ziele massiv erschweren. Aus Sicht Deutschlands wurde aber auch betont, dass der Bundessicherheitsrat ein effizientes und effektives Instrument ist, welches sicherheitspolitische Themen bereichsüber-

greifend angeht und wichtige Impulse vermitteln kann. Die notwendige Vernetzung muss sowohl horizontal als auch vertikal vom Bund in die Länder erfolgen.

Aus österreichischer Sicht stand die umfassende Sicherheitsvorsorge im Vordergrund, deren Realisierung trotz äusserst knapper finanzieller Mittel sowie Problemen bei den Grundbeständen intensiv verfolgt wird. Es gilt, die internationale Relevanz zu erhöhen und höchstmögliche Wirkung im Einsatzraum zu erzielen.

Die Ausführungen zur Transformation der Schweizer Armee beinhalteten vorwiegend die Entstehung des Sicherheitspolitischen Berichts sowie die laufenden Diskussionen zur Beschaffung des Tigerteilersatzes TTE.

Weitere Referate zeigten auf, dass dem Schutz kritischer Infrastrukturen in allen

Lagen grösste Bedeutung beigemessen wird. Die neue Bedrohungslage durch Terroranschläge verlangt, dass Infrastrukturen nicht nur in Krisengebieten sondern auch in «friedlichen» Ländern jederzeit geschützt werden müssen. Mit einzubeziehen ist auch die Grenzsicherung und die Wahrung der Sicherheit im Luftraum. Angesprochen und diskutiert wurde die Möglichkeit des vermehrten koordinierten Einsatzes von Polizeikräften, wie heute aus Deutschland heraus bereits praktiziert.

Die Tagung gab einen wertvollen Überblick über die Aktivitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz und die engagierten Diskussionen zeigten auf, dass grenzüberschreitende Diskussionen wichtig sind und zu gemeinsamen Lösungen führen können. ■